

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 98 (2001)
Heft: 7

Artikel: Schleier des Schweigens über verdeckter Armut etwas gelüftet
Autor: Grottian, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840716>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schleier des Schweigens über verdeckter Armut etwas gelüftet

Prof. Peter Grottian stellte in Freiburg das Berliner Projekt «Fehlt Ihnen etwas?» vor

Ziel der Berliner Kampagne «Fehlt Ihnen etwas? – Sozialhilfe kann helfen» ist es, Menschen, die unter der Sozialhilfeschwelle leben, über ihr Recht auf Leistungen zu informieren und das Thema «verdeckte Armut» in die Öffentlichkeit zu bringen. Professor Peter Grottian stellte das Projekt und seine Visionen zur selbstbestimmten Arbeit an der diesjährigen Freiburg-Tagung von SKOS und Artias vor.

In der Debatte über Armut und Sozialhilfe soll – so ist auf der Homepage www.fehlt-ihnen-etwas.de nachzulesen – auf die Sorgen der Menschen und die strukturellen Hindernisse zur Beseitigung dieser Probleme hingewiesen werden. Die Debatten über «Sozialschmarotzer, Drückeberger» und den Zwang zur Arbeit überdeckten in der öffentlichen Wahrnehmung die «verdeckte Armut». Anstatt mit erheblichem auch finanziellem Aufwand wenige Missbraucher aufzuspüren sollten diese Ressourcen für zielgerichtete Beratung, zur Hilfe zur Selbsthilfe, zur Qualifizierung und zur Suche nach und Vermittlung von Arbeit verwendet werden, fordern die Initiatoren der Berliner Kampagne.

Die Aktion wird von Studierenden des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität mit Unterstützung von Berliner Wohlfahrtsverbänden getragen. Eine erste Kampagne lief im Sommer 2000 und bot den Betroffenen eine Info-Hotline an, die mit Sozialberatern der Wohlfahrtsverbände besetzt war. Die Kampagne war sowohl durch Anzeigen und Spots in Printmedien, in U-Bahn-Wag-

gons, im Radio wie auch im Internet präsent. In einer stadtweiten Aktion am 12. Mai 2001 (kurz nach der SKOS-Tagung in Freiburg) betrieb die Kampagne «Fehlt Ihnen etwas?» zusammen mit über 40 Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände Beratungsstände: Hier wurden sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger über ihre sozialen Grundrechte informiert.

Provokative Aufforderungen

Professor Peter Grottian stellte seinem Referat in Freiburg zwei provokative Aufforderungen an die illustre ZuhörerrInnenschar aus Chefetagen der Sozialhilfe von Kantonen, Städten, Bundesämtern und privaten Hilfswerken voran:

«Erste Provokation: Stellen Sie sich vor, dass Sie in Ihrer Funktion der Sozialhilfeempfängerin oder dem Erwerbslosen das Angebot machen: «Sie können arbeiten, was Sie wollen und was Sie können.» Gesellschaftlich sinnvolle Arbeit wird auch gesellschaftlich bezahlt.»

Der nächste Schritt sei nicht, die Sozialhilfeempfängerin oder den Erwerbslosen in die Massnahme 37A oder in die Weiterbildungsmassnahme 247Z zu stecken, sondern ihnen einfach zu sagen: «Wenn Sie einen Arbeitsvertrag bringen und eine Tätigkeit vorweisen, Teilzeit, Vollzeit, wie auch immer, dann lassen wir diese Arbeit zu.» «Was würde dann bei Ihnen passieren?», fragte Grottian.

«Bitte bedenken Sie jetzt nicht etwa, dass Ihr Amt abgeschafft würde, wenn dieses Vorgehen Erfolg hat. Das könnte sein. Bedenken Sie auch nicht, was es möglicherweise kostet. Lassen wir das alles mal beiseite. Meine Vermutung würde zunächst einmal sein, dass ein nicht zu hoher Prozentsatz – aber ich würde einmal vermuten 30 oder 40 Prozent Ihrer Klientele – sich eine Arbeit sucht, die Ihnen möglicherweise nicht gefällt oder auch gefällt. Aber möglicherweise ist es für diesen Menschen wichtig, dass er sie ausübt.» Es bleibe dahingestellt, ob die Arbeit sich lohne und ob diese mit den gängigen Vorstellungen von sinnvoller Arbeit vereinbar sei.

Hinter dem heutigen System stehe die Vorstellung, wer in Institutionen arbeite und mit Arbeitsmarkt und Sozialpolitik häufig zu tun habe, wisse eigentlich, angeblich, was mit diesen Menschen zu passieren habe. Wenn die Sozialtägen aber sagen würden: «Wir nehmen dich ernst mit deiner Qualifikation, wir nehmen dich ernst in dem, was du willst», dann könnte ein Teil der Klientel auf eine andere Bahn geschickt werden. Dies würde den marktwirtschaftlichen Vorstellungen und denjenigen von öffentlichen und halböffentlichen Diensten zutiefst widersprechen – «aber möglicherweise wär's für die Menschen sehr viel besser».

«Zweite Provokation: Stellen Sie sich vor, Sie machen zusammen mit Erwerbsloseninitiativen, mit Kirchen und Wohlfahrtsverbänden eine Aktion zur verdeckten Armut, indem Sie in Luzern, Chur, Bern oder Zürich auf die Strasse gehen und ganz offensiv Leute ansprechen und fragen: 'Wie geht es Ihnen? Fehlt Ihnen etwas? Wie sieht es bei Ihnen aus?'»

Aber natürlich wäre mit Widerstand zu rechnen, so Grottian: «Ihr Mann von

den Finanzen würde sagen: 'Du, wenn das erfolgreich ist, dann müssten wir ja erheblich mehr Aufwendungen machen. Das wird ja teurer, um Gottes Willen. Und dies bei unseren Sparbemühungen, die wir doch überall haben.' Egal, ob in Biel oder Berlin oder wo auch immer.»

Wenn Sozialhilfe nicht mehr hinter dem Schild «2. Stock, Zimmer 2106» stattfinden würde, sondern der Schritt aus den Amtsstuben hinaus auf die Straßen gewagt und die verdeckte Armut aufgespürt und zur Alltäglichkeit gemacht würde, könnten Gespräche ganz anderer Art entstehen, meinte Grottian. An einem Morgen würden vielleicht 150 oder 200 Leute aufgespürt, die sagen: «Ja. Also, mit den Ämtern habe ich ganz bestimmte Erfahrungen.» Oder AusländerInnen, die sagen: «Ich habe nie was probiert, ich wusste eigentlich von gar nichts.»

Zum Ausmass der verdeckten Armut

Die Forschung sei sich – ausnahmsweise – über das Ausmass der verdeckte Armut in Deutschland und der Schweiz ziemlich einig, so Grottian. Nach der Armutsstudie Leu käme auf 100 SozialhilfebezügerInnen noch einmal, je nach Region, eine Dunkelziffer von 70 bis 120 Anspruchsberechtigten hinzu, die sich nicht meldeten – aus was für Gründen auch immer. Für die Bundesrepublik Deutschland bedeute dies, dass zu den 5 bis 11 Millionen Armen noch einmal gleich viele hinzu zu rechnen wären. Bezogen auf Berlin würde sich die Zahl von 300'000 Armen verdoppeln, und 600'000 Menschen seien bei 3,5 Millionen Einwohnern keine Kleinigkeit. Berlin sei eine Glitzer- und Armutsmetro-

pole gleichzeitig und wahrscheinlich Los-Angeles- oder San-Francisco-Verhältnissen sehr viel näher als Städte in der Schweiz. Dies könnte heissen, dass die Wohlhabenden in einigen Jahren vielleicht ihren Gang zur Oper mit Polizeischutz absichern müssten.

Professor Grottian ging mit dem von der Bundesregierung Schröder vorgelegten Armuts- und Reichtumsbericht¹ nicht eben gnädig um. Die Zahlen reichten nur bis 1998, als noch eine schwarze Regierung das Sagen gehabt habe. Der von der rot-grünen Regierung zusammengestellte Blumenstrauß an Massnahmen habe mit Armutsbekämpfung

herzlich wenig zu tun, die sozialen und kulturellen Zugänge hätten sich für die wirklich Armen kaum verbessert. Es sei ungeheuer schwer, die verdeckte Armut auf die politische Agenda zu setzen, bedauerte Grottian. Die Antwort der Politik laufe auf Zeitgewinn hinaus: Die Regierung verweise auf ein neues Forschungsprogramm und «werde dann möglicherweise 2006 schlauer sein».

Konkrete Schritte gewagt

Mit ihrem Projekt versuchte die Freie Universität Berlin das Thema verdeckte

SKOS-Tagung zum schwierigen Thema «Zugang zur Sozialhilfe und Bekämpfung sozialer Ausgrenzung»

An ein schwieriges Thema hatte sich die SKOS an der Freiburger Tagung 2001 gewagt: Mit «Zugang zur Sozialhilfe und Bekämpfung sozialer Ausgrenzung» wurde die Frage nach der verdeckten Armut aufgeworfen. Welche Barrieren halten Menschen in finanzieller Bedrängnis davon ab, sich an die Sozialhilfe zu wenden? In Berlin beschritt Professor Peter Grottian vom Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin mit den Studierenden einen ganz ungewöhnlichen Weg: Sie gingen auf die Strasse und fragten die Passanten: «Fehlt Ihnen etwas?». Der nebenstehende Bericht, aufgebaut auf dem Referat von Professor Grottian, gibt Aufschluss über die Reaktionen der Befragten und das aktuelle sozialpolitische Umfeld.

Sylvain Fattebert, Dozent an der theologischen Fakultät der Universität Genf, befasste sich mit der ethischen Dimension der verdeckten Armut (Seite 100) und Annelise Oeschger zeigte auf, wie die Arbeitsgemeinschaft Vierte Welt auf der Ebene der nationalen und internationalen Organisationen anwaltschaftlich die Interessen der armen Familien vertritt und den Erfahrungsaustausch zu den «bonnes pratiques» fördert (Seite 102).

Neue Wege werden auch in der Schweiz beschritten, wenn es um die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung beziehungsweise um Integrationsmassnahmen geht. Als Beispiele wurden das RMR, das revenu minimum de réinsertion, des Kantons Genf und das neue bernische Sozialhilfegesetz vorgestellt. *cab*

¹ Auf Internet zu finden unter: www.bma.bund.de/de/sicherung/armutsbericht

Armut zu politisieren und in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden sozusagen auf die Strasse zu tragen. Die Staatsseite habe sich im Vorfeld der Aktion sehr bedeckt gehalten, sagte Grottian. Mittlerweile sei aber der Druck auf den Sozialämtern dermassen gross, dass die Akzeptanz wachse.

«Mit wackeligen Knen» sei er mit vielen anderen auf die Strasse gegangen, gab der Berliner Professor zu. Wie würden die Angesprochenen reagieren? Eigentlich hätten sie erwartet, dass viele ungehalten sagen würden: «Das geht Sie gar nichts an. Was mischen Sie sich ein, ich glaub Sie spinnen. Ich bin Arbeiter, natürlich arbeite ich.» Doch die Erfahrung sei eine andere gewesen. Die Menschen hätten in einer relativ entspannten Atmosphäre bereitwillig über ihre soziale Situation geredet. Auch die Beratung sei ganz anders gewesen: nicht besser oder schlechter, aber anders und das sei, so Grottian, das Entscheidende: In der Kampagne ging es darum, einen anderen Kanal aufzumachen. Über diese Beratungen konnte vielen Leuten – AusländerInnen, Alleinerziehenden mit Kindern, Älteren mit bestim-

ten Sozialamtserfahrungen – geholfen werden, sich neu zu organisieren.

Grottians Visionen

Grottian forderte, den Arbeitsbegriff radikal zu erweitern. Es könne nicht mehr ausschliesslich darum gehen, die Menschen ganz oder doch halb in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Vielmehr müsse die Identitätszerstörung von Menschen aufgehalten werden und es müsse ihnen die Chance eingeräumt werden, das zu arbeiten, was sie arbeiten könnten und wollten. «Und das würde heissen, dass möglicherweise eine Frau Märchenerzählerin in einer Schule wird. Das finde ich einen sehr sinnvollen Beruf.» Es gehe darum, die Definitionsmacht der Sozialhilfe und anderer Ämter darüber, was mit Menschen zu passieren habe, zu einem Teil zu relativieren. Es gehe darum, eine Schleuse zu öffnen für eine andere Vorstellung von Arbeitsgesellschaft und Effizienz, für gesellschaftlich sinnvolle und mehr selbstbestimmte Arbeit.

cab

Ethische Dimensionen der verdeckten Armut

Warum melden sich unter der Armutsschwelle lebende Menschen nicht? Diese Frage stellte Sylvain Fattebert seinen Betrachtungen zur ethischen Dimension der verdeckten Armut voran. Er machte zwei grosse Kreise von «Verheimlichern» ausfindig: die Armen selber und die Institutionen. Die definierten Armutsschwellen seien zu relativieren und hinterfragen und dem fehlenden Handlungsspielraum der Armen ein grösseres Augenmerk zu schenken.

Unter den drei Verben «wissen, können, wollen» fasste Silvain Fattebert die Gründe zusammen, wieso Menschen in Not ihre Armut verstecken.

- Wissen: Um Zugang zur Sozialhilfe zu haben, muss die arme Person wissen, dass es diese gibt und dass sie sich dort melden kann. Wenn sie dies nicht tut, ist es, so Fattebert: a) aus Unwissen, b) trotz ihres Wissens um ihr Recht auf Sozialhilfe und c) wegen ihrer Kennt-